

Wien, Montag, den 17. Dezember 1923.

Welche Lernmittel erhalten die Wiener Schulkinder? Die Gemeindeverwaltung gibt bekanntlich allen Wiener Schulkindern, ohne Unterschied des Einkommens ihrer Eltern, die Lernmittel vollständig unentgeltlich. Da ist es nun interessant festzustellen, was die Kinder in den einzelnen Klassen von der Gemeinde an Lernmittel, Lehrbücher, Klassenlektüre u. s. w. erhalten. In der ersten Volksschulklasse bekommen die Kinder zwei Schreibhefte, ein Zeichenheft und eine Schiefertafel. An Lehrbüchern erhält jedes Kind eine Kolar Fibel oder Fibel antiqua, einen Setzkasten und ein Rechenbuch. In der zweiten Volksschulklasse werden an jedes Kind sechs Schreibhefte, fünf Rechenhefte, ein Merkheft und zwei Zeichenhefte ausgefolgt. An Lehrbüchern bekommt jedes Kind ein katholisches Religionsbüchlein, ein Liederbuch, ein Rechenbuch und ein Sprachbuch. Als Klassenlektüre werden Grimm's Kinder- und Hausmärchen, Fallersleben, Bilder mit Reimen, die zwei Bände aus dem Leben zweier Wiener Kinder, Grimm's Märchen in antiqua und das Bändchen Allerlei Scherz und Ernst ausgegeben. In der dritten Volksschulklasse steigt die Zahl der Schreibhefte, die jedes Kind bekommt auf acht, die der Rechenhefte auf fünf, die der Merkhefte auf zwei und die der Zeichenhefte auf drei. Zu den Lehrbüchern der zweiten Klasse kommen noch drei Handpläne. Die Klassenlektüre setzt sich aus drei Bänden von Grimm's Kinder- und Hausmärchen, aus zwei Bänden Wiener Sagen aus Alt- und Neu Wien und aus den beiden Bändchen Am Rande der Stadt und Kinderlust zusammen. In der vierten Volksschulklasse werden an jedes Kind neun Schreibhefte, fünf Rechenhefte, zwei Merkhefte und vier Zeichenhefte ausgefolgt. An neuen Büchern bekommt jedes Kind den großen Katechismus, die grosse biblische Gesichte und einen Handplan von Niederösterreich. Die Klassenlektüre besteht aus Hauff: Der kleine Muck Sagen und Schwänke aus Niederösterreich, Volksmärchen aus Oesterreich, Tierfabeln, Auf froher Wanderschaft, Was die Natur erzählt, Fischer: Das alte Stadttor, Blumenmärchen, Des Knaben Wunderhorn, Gulliver's Reisen und Münchhausen's Abenteuer. In der fünften Volksschulklasse entfallen auf jedes Kind 13 Schreibhefte, fünf Rechenhefte, zwei Merkhefte und vier Zeichenhefte. Zu den bereits erwähnten Lehrbüchern kommt noch ein Handplan der Republik. Die Klassenlektüre besteht aus Bechstein: Volksmärchen, Grimm: Deutsche Sagen, Till Eulenspiegel, Schilbbürger, Gehörnter Siegfried, Werfer: Tiergeschichten, Auf froher Fahrt: Alpen, Donau, Robinson, Haushalt der Natur, Wechsel der Jahreszeiten, Puppen- und Kasperlspiele, Nibelungen, aus zwei Bändchen Hegerkinder und einem Bändchen Deutscher Humor. In der sechsten und siebenten Volksschulklasse werden an jedes Kind 12 Schreibheften fünf Rechenhefte, zwei Merkhefte, vier Zeichenhefte, fünfzehn Zeichenblätter, eine Zeichenmappe, ein Lineal, ein Dreieck, ausgegeben. Jede Klasse erhält außerdem sechs bis zehn Stück Zirkel. Zu den Lehrbüchern kommen neu hinzu: Naturgeschichte, Naturlehre, Geschichtsbuch, Atlas, eine Handkarte der Umgebung Wiens und ein Stenographiebuch. Die Klassenlektüre besteht aus Heibel: Erzählungen, Hauff: Kaltes Herz, Sommer's Fabelbuch, Buch der Arbeit, Rosegger, Baladenbuch, Sindbad der Seefahrer, Weyrich: Wiener Landschaft, Ebner: Tiergeschichten, Helden-sagen, Niederösterreichische Volkssagen, Reise durch Deutschland, Minne-sang - Meistersang, Andersen's Volksmärchen, Tacitus Germania, Meier Helmprecht, Brehm, und Volksmärchen. In der ersten Bürgerschulklasse er-

halten die Knaben sieben Schreibhefte, fünf Rechenhefte, zwei Rondhefte, drei Merkhefte, drei Zeichenhefte, 40 weisse und zwei graue Zeichenblätter, ein Reissbrett, eine Reisschiene, ein Dreieck und zwei Stenographiehefte, die Mädchen die gleichen Lernmittel nur eine geringere Zahl von Zeichenblättern dafür aber eine Zeichenmappe. Die Lehrbücher und die Klassenlektüre sind vollständig gleich mit der sechsten und siebenten Volksschulklasse. In der zweiten Bürgerschulklasse erhalten die Knaben und Mädchen die gleichen Lernmittel wie in der ersten Bürgerschulklasse, nur bekommen sie um ein Schreibheft mehr. An Lehrbüchern bekommen sowohl die Knaben als auch die Mädchen in der zweiten Bürgerschulklasse den großen Katechismus, die biblische Geschichte, Naturgeschichte, Naturlehre, Liederbuch, Rechenbuch, Geschichtsbuch, Sprachbuch, die großen Regeln, Atlas und ein Stenographiebuch. Die Klassenlektüre besteht aus Kürnberger: Novellen Nr. 9, Stifter: Bergkristall, Musäus: Rubezahl, Tote Popen Späler, Anzengruber: Erzählungen, Weyrich: Wiener Alltag, Keller: Fährlein, Brentano: Klopstock, Bayer: Nordpolfahrt, Raimund: Der Bauer als Militärr, Simplizissimus, Buch der Arbeit II, Holub: Durch Afrika, Bilder aus Deutschlands Vergangenheit, Nestroy: Ausgewählte Werke, Ginzkey: Gedichte Brehm und Amiel Herz. In der dritten Bürgerschulklasse bleibt die Zahl der Lernmittel für Knaben und Mädchen unverändert, zu den Lehrbüchern kommt noch die katholische Kirchengeschichte während das Stenographiebuch entfällt. Die Klassenlektüre besteht aus Schiller: Tell Nr. 3, Goethe: I Gedichte, Schiller: II Gedichte, Grillparzer: Spielmann und Traun ein Leben, Hamarling: Dichtungen, Kain: Nibelungen, Undine, J. Verne: Reise um die Erde, Alpenwanderungen, Weyrich: Alt Wien, Buch der Arbeit III, Transhimalaja, Vier Jahreszeiten, Neuere Lyrik, Um die Freiheit, Petzold: Dichtungen, Marschal: Naturstudien, Brehm: III und Fregatta Novara. Außerdem erhält jede Schule für die erste Volksschulklasse drei Gros Griffel, die anderen Volksschulklassen Federn, Federhalter und Bleistifte. Die Bürgerschulen erhalten außerdem ungefähr 30 Stück Reisezeuge.

Die Kosten betragen für jedes Schulkind in der ersten Volksschulklasse 42.745 K, in der zweiten Volksschulklasse 72.780 K, in der dritten Volksschulklasse 109.190 Kronen, in der vierten Volksschulklasse 116.390 K, in der fünften Volksschulklasse 123.850, in der sechsten und siebenten Volksschulklasse 126.245 K, in der ersten Bürgerschulklasse 242.296 K, in der zweiten Bürgerschulklasse 239.740 K, in der dritten Bürgerschulklasse 251.140 K.

Da es in Wien insgesamt 147.908 Schüler und Schülerinnen gibt, die Gemeinde nach dem Voranschlag für das Jahr 1924 rund 346 Milliarden Kronen für die Schule ausgeben wird, kommen auf ein Kind für das Schuljahr rund 2.4 Millionen Ausgaben.



## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 17. Dezember 1923. A b e n d a u s g a b e

-----  
Bezugserhöhung für die städtischen Angestellten. Im Stadtsenate hat heute amtsführender Stadtrat Speiser über die sich als Auswirkung der Besserstellung der Bundesangestellten ergebende Erhöhung der Bezüge der städtischen Verwaltungsangestellten, der Lehrpersonen und der Angestellten der Unternehmungen berichtet. Eine unmittelbar Anwendung der gesetzlichen Massnahmen ist deshalb unmöglich, weil beim Bundes bekanntlich eine andere Besoldungsordnung in Kraft steht, als bei der Gemeinde. Es konnten daher nur die im neuen Besoldungsgesetz des Bundes zum Ausdruck kommenden Grundsätze für die Gemeindeangestellten angewendet werden. Es soll hier eine prozentuelle Erhöhung der Leistungsbezüge eintreten, deren Ausmass in einem neuen Gehaltsschema zum Ausdruck kommt. So wie beim Bund wird auch bei der Gemeinde für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai das 160.4 fache des erhöhten Märzbezuges ausbezahlt. Jedoch werden selbstverständlich allfällige Erhöhungen, die beim Bundes in dieser Richtung etwa eintreten sollten, auch bei der Gemeinde Wien platzgreifen. Als Rückwirkung für die Monate November, Dezember 1923 wird den Angestellten die Hälfte des Vorschusses, den sie anfangs Oktober erhalten, ausbezahlt. Hiedurch ergibt sich allerdings die Notwendigkeit, bei der Mehrzahl der Angestellten den Oktobervorschuss noch weiter voll zu stunden.

Gleichzeitig wird auf Grund der Vereinbarungen mit den Angestellten nunmehr allgemein die siebenstündige tägliche Arbeitszeit bei den Verwaltungsangestellten und die volle achtstündige tägliche Arbeitszeit bei den Unternehmungsangestellten vom 1. Jänner 1924 an, eingeführt. Für diese Mehrleistung erhalten die Unternehmungsangestellten die entsprechende Aufzahlung, für ihre bisherige längere tägliche Arbeitszeit eine um ein Fünftel höhere Nachzahlung für die Monate November und Dezember 1923.

Die Vorlage wurde im Stadtsenat einstimmig angenommen, so dass die erwähnten Nachzahlungen schon in den nächsten Tagen flüssig gemacht werden können.

-----  
Beginn der Budgetberatungen im Gemeinderate. Morgen Dienstag um 10 Uhr vormittags beginnt der Gemeinderat mit den Beratungen über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1924. Die Verhandlungen werden vom städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner mit einem längerem Expose eingeleitet. Der Wiener Gemeinderat als Landtag wurde für Donnerstag, den 20. d. einberufen. Auf der Tagesordnung stehen ein Referat des Vizebürgermeisters Emmerling über die Gesetzesvorlage betreffend die Uebergabe mehrerer Linien der Wiener Stadtbahn an die Gemeinde Wien zur Elektrifizierung und Betriebsführung, ein Referat des städtischen Baureferenten Stadtrates Siegel über die Gesetzesvorlage betreffend die Versorgung der Stadt Wien mit Trink- und Nutzwasser, ein Referat des amtsführenden Stadtrat Richter über die Gesetzesvorlage, die Grenzverschiebungen zwischen den Bezirken Leopoldstadt und Floridsdorf vorsieht und die Referate des Finanzreferenten über die mit dem Voranschlag zusammenhängenden Steuergesetze.



sei, bei Minister Dr. Kienböck von „blindem“ Hass zu sprechen, da er vielmehr mit grösstem Vorbedacht und offenen Auges Die Stadt Wien zu schädigen bemüht ist. Wenn Vizebürgermeister Hoss gemeint hat, dass man doch über das Abgabenteilungsgesetz ehestens verhandeln solle, so sei festgestellt, dass es der christlichsoziale Bundesfinanzminister nicht einmal der Mühe wert erachtet hat, die gewöhnlichen Höflichkeitsformen einzuhalten und Wien zu verständigen, dass er ein derartiges Abänderungsgesetz einzubringen beabsichtige. Im Rathaus hat man aus den Zeitungen erfahren, dass eine Kürzung der Gemeindefinanz um 266 Millionen Kronen geplant sei. Wegen diese Gewaltmethoden gibt es nur den denkbar stärksten Widerstand und an dem wird es gewiss nicht fehlen.

-----

Keine Sprechstunden beim städtischen Finanzreferenten. Infolge der in der kommenden Woche stattfindenden Verhandlungen des Hauptvoranschlags im Gemeinderat entfallen sowohl am Montag, als auch am Donnerstag die Sprechstunden bei dem amtsführenden Stadtrat Breitner.

-----

Die Automobilisierung des Fuhrwesens. Im Grossen Saale des österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines spricht Dienstag, den 18. d. um 7 Uhr abends der Leiter des Fuhrwerksbetriebes der Gemeinde Wien, Ingenieur Richard Brabeč über den unwälzenden Einfluss des Automobils auf das Fuhrwesen der Stadt Wien. Der Vortrag wird durch Lichtbilder und Filmvorführungen ergänzt.

-----

Der Hauptvoranschlag im Gemeinderat. Da nunmehr der Stadtsenat heute Samstag abends das Stadtbudget genehmigt hat, wird es dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden. Zu diesem Zwecke wurde der Gemeinderat bereits für Dienstag, den 18. d. einberufen. Die Sitzung beginnt um 10 Uhr vormittags und dauert bis 1 Uhr nachmittags, wird um 4 Uhr nachmittags wieder eröffnet und währt bis 9 Uhr abends. Diese Einteilung gilt auch für die kommenden Tage bis zur Verabschiedung des Hauptvoranschlags. Nur am Mittwoch erfolgt eine Abänderung, da an diesem Tage die Budgetverhandlungen nur bis 1 Uhr nachmittags geführt werden, während um 3 Uhr nachmittags eine gemeinsame Sitzung der Gemeinderatsausschüsse für die Finanzen und für die städtischen Unternehmungen stattfindet, in der die Uebernahme der Stadtbahn durch die Gemeinde beraten werden wird. An diese Sitzung schliesst sich eine Beratung des Stadtsenat wegen der gleichen Angelegenheit an und um 5 Uhr nachmittags wird der Gemeinderat wieder die Budgetverhandlungen aufnehmen. Die Uebernahme der Stadtbahn wird dann den Gemeinderat anlässlich der Beratung des Voranschlags für die Gruppe der städtischen Unternehmungen beschäftigen. Im Zusammenhang mit den Budgetberatungen wird ferner auch der Gemeinderat als Landtag eine Sitzung halten in der die mit der Stadtbahn verknüpfte Gesetzesvorlage über die Kommission für Verkehrsanlagen und die neuen Steuervorlagen erledigt werden. Es ist also eine reiche Arbeitswoche im Wiener Rathause zu erwarten.

-----

Die Besoldung der städtischen Angestellten. Der Stadtsenat wurde für Montag, 10 Uhr vormittags einberufen. In dieser Sitzung wird der Personalreferent Stadtrat Speiser über die Rückwirkung der Besoldungsreform für die Bundesangestellten auf die städtischen Beamten berichten.

-----



VB. Hoss eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung, worauf die Generaldebatte über den Voranschlag fortgesetzt wird.

GR. Preyer (chr. soz.) beschäftigt sich hauptsächlich mit der Lustbarkeits- und Speise- und Getränkeabgabe, die er als unsozial bezeichnet. Die Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe treffe keineswegs nur die Luxuslokale sondern auch die mittleren und kleineren Betriebe. Der ärmste Arbeiter müsse bei jedem Glas Bier dafür aufkommen. Es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn die großen Betriebe entsprechend besteuert werden. Die Lustbarkeitsabgabe in ihrer gegenwärtigen Form sei aber nichts anderes als eine brutale Eintreibung einer indirekten Steuer aus der Bevölkerung. Die Folge ist eine Verdrängung des Gastgewerbes, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit, die sich in der hohen Ziffer von 8000 Arbeitslosen Kellnern und Markören ausdrückt. Madner wendet sich auch mit scharfen Ausdrücken gegen die Art der Eintreibung der Lustbarkeitsabgabe. Er bespricht weiter die Fremdenzimmerabgabe, durch welche das Hotelgewerbe und dessen Angestellte, sowie alle mit dem Hotelgewerbe in Verbindung stehenden Angestelltengruppen in der härtesten Weise getroffen werden. Durch die Wohnbausteuer werden nicht nur die wohlhabenden Kreise belastet, sondern auch die breiten Schichten, sogar die Arbeitslosen. Seinerzeit habe die christlichsoziale Partei im Gemeinderate beantragt, die Arbeitslosen aus sozialen Gründen von der Wohnbausteuer zu befreien, aber der Finanzreferent habe diesen Antrag abgelehnt und damit bekundet, daß ihm das Wohl der armen Schichten durchaus nicht am Herzen liege. Was der Bund den Arbeitslosen an erhöhten Unterstützungen gibt, das nimmt Herr Breitner ihnen wieder weg. In seiner Steuerpolitik erblickt die Opposition nur unsoziale und ungerechte Maßnahmen, sie ist daher nicht in der Lage der Mehrheit Vertrauen zu schenken und dem Voranschlag zuzustimmen.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Das Budget hat schon im Stadtsenat und Finanzausschuss die Kritik gefunden, welche es verdient. Wir wollen uns nicht mit Ihnen einer bewussten Irreführung der Bevölkerung schuldig machen. Die Bemerkungen vom provisorischen Budget sind nicht so unrichtig gemacht worden. Daran bin aber nicht ich schuld, sondern vielmehr der Herr StR. Breitner, der gesagt hat, daß eine Menge von Ziffern nicht stimmt, wenn das Abgabenteilungsgesetz so bestehen bleibt, wie es jetzt vorgesehen ist. Wenn eben der Herr Finanzreferent in der Lage ist, seinen Vorschlag auf Antrag eines Mitgliedes der Minderheit um 100 Milliarden zu verändern, so ist das ein Beweis, daß er selbst den Voranschlag nicht als ein Fixum betrachtet. Ich hoffe, daß der Herr Stadtrat die Erhöhung der Angestelltenlöhne und Gehälter nicht in eine Beziehung mit der Erhöhung der Fürsorgeabgabe gebracht hat, wenn dies der Fall wäre, müssten wir uns dagegen auf das entschiedenste verwahren. Herr StR. Breitner hat aber immer eine bestimmte Beziehung zwischen Fürsorgeabgabe und Abgabenteilungsgesetz gemacht. Es scheint, als ob sie hier schon in Angst und Not die den Leuten vor den Wahlen gemachte Versprechungen nicht erfüllen zu können, sich einen Prügelknaben suchen müssten. Sie stellen sich hinter die Presse. „Die Stunde“ schreibt heute schon von einem Duell Kienböck-Breitner. „Der Abend“ schreibt mit großen Buchstaben „Verrat an Wien“. Das ist einer jener Versuche, die Ihnen vor den Wahlen gewiss gelungen sind, das Urteil der Bevölkerung auf gewisse Bahnen zu lenken. Sie mussten sich selbst sagen, daß Sie vor den Wahlen zu viel versprochen haben. Und es wird nun eine Art Kampf zwischen Wien und Bund konstruiert. Der böse will Wien unglücklich machen. So möchten Sie es wenigstens hinstellen.

Aber das Abgabenteilungsgesetz ist ja auch nur ein Notstandsgesetz, welches geschaffen wurde, um der Not, dem Elend des Landes zu steuern. Ich bin ein viel zu guter Wiener, als daß ich mit dem weiteren Bestande dieses Gesetzes zufrieden sein könnte. (Zwischenruf: GR. Reumann: Was ist's mit den Zuschlägen?) Summen fließen in den Säckel von Gemeindegeldern in Niederösterreich, mit denen die dortigen Bürgermeister und Verwalter nichts anzufangen wissen. Es werden Gemeinden subventioniert, welche keinen Bedarf haben. Sie haben vier Jahre überhaupt gar nichts gemacht. Am 21. Oktober hat die Bevölkerung die sozialdemokratische Verwaltung gut geheißt, sagte der Herr StR. Breitner. Das konnte die Bevölkerung aber gar nicht tun. Sie haben ja gar nichts gemacht. Ihre Arbeit setzte ja erst vier Wochen vor den Wahlen ein. Jetzt aber ist schon wieder eine gewisse Stockung eingetreten. Jetzt liegt der Schotter auf den Strassen und von der versprochenen schönen Beleuchtung ist nichts zu sehen. Vier Jahre lang wurden die Gelder alle zusammengespart, wurden Steuern um Steuern aus der Bevölkerung herausgepreßt und der Finanzreferent hat sich wie ein richtiger Geizhals auf die gesetzt und nichts herausgegeben. Herr Breitner hat bei den Wahlen erklärt, Wien ist saniert. Nun aber muß er uns sagen, wieviel Geld die Gemeinde denn eigentlich hat. Bürgermeister Dr. Jaeger hat die Gemeinde 30 Jahre lang verwaltet, ohne neue Steuern einzuführen. Führen auch Sie den Haushalt der Gemeinde Wien so! Die christlichsoziale Partei hat Ihnen Unternehmungen hinterlassen, welche gewiss durch den Krieg ins Wanken gekommen sind. Nun sind aber deren Verhältnisse so weit stabilisiert, es haben sich Ueberschüsse ergeben, erweitern Sie diese, machen Sie die Unternehmungen flott und Sie werden nicht notwendig haben das Mittel anzuwenden, neue Steuern zu ersinnen. StR. Breitner hat auch sehr viel von der Beleuchtung gesprochen. Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich sage, daß mindestens 100 vielleicht 200 Gassen in Wien heute überhaupt nicht beleuchtet sind. 40.000 Gasflammen brennen in Wien weniger. Die aber, die brennen, brennen sehr trübselig. Vor den Wahlen aber sagte man, Wien werde bald in einem Meer von einem Lichte erstrahlen. Ich sage Ihnen, die Unaufrichtigkeit Ihrer Budgetierung, Ihrer Verwaltung müssen Sie ablegen. Wenn Sie wollen, daß Sie ohne Terror der Masse ernst genommen werden. Sie haben es verstanden vor den Wahlen die Bevölkerung durch demagogische Ausnutzung unserer Verdienste in gewisse Angstzustände zu treiben. Der Führer der christlichsozialen Partei hat aber nicht in einer Rede etwas versprochen, was er nicht hätte halten wollen. Seine Wahlreden haben Ihnen ja viel geholfen. Schöpfungen der christlichsozialen Partei haben Sie zu Ihren Gunsten mißbraucht. Es ist schön vom Wohnbauprogramm zu sprechen, ich wünsche auch, daß es durchgeführt werde. Aber ich glaube, daß heute schon die Gemeinde in manchen Belangen durch die Forderungen der Portiere und der Bewohner der Gemeindehäuser unruhig geworden ist und nicht mehr ihrer Taten zufrieden ist. Sie haben auch immer behauptet, sie seien von einer starken Mehrheit der Bevölkerung hereingesendet worden. Das muß aber auch ziffernmässig bewiesen werden. Wenn man aber diese Ziffern betrachtet, sieht man, daß daran auch nicht das mindeste den Tatsachen entspricht. Dabei muß man noch an die tausende und abertausende von Wähler denken, welche von Ihnen abhängig sind, welche Sie unter Terror mit dem roten Stimmzettel zur Wahl getrieben haben. Ihre ganzen Vorbereitungen zur Wahl sind nichts anderes als ein systematischer Wahlrechtsraub. Sie haben ja bei der Anlage der Wählerlisten einen großen Teil der Wähler, von welchen Sie glaubten, daß Sie sie nicht wählen gar nicht in die Wählerliste aufgenommen. Wir glauben sehr, daß die Bevölkerung aus dem Taumel ihrer Wahlversprechungen gewiß bald ernüchert zu sich kommen wird,



6  
wenn sie sieht, daß Sie die Versprechungen nicht erfüllen können und auch zum Teile nicht erfüllen wollen.

Sie haben den Invaliden nicht einmal jene Begünstigungen gewährt, die der Bund ihnen schon längst gegeben hat. Zeigt sich nicht auch ihr demagogisches Verhalten in der Deutschlandhilfe? Sie stellen im Nationalrat einen Antrag, daß der Bund zehn Milliarden für Deutschland geben soll. Sie selber haben eine Milliarde gegeben, aber nicht von dem Reichtum dieser Stadt, von dem sie so viel sprechen, sondern sie haben diese Milliarde schon von vorneherein eben aus dieser Hilfe für Deutschland eingenommen. Denn wenn ich alle die Veranstaltungen für Deutschland zusammenzähle, so haben sie durch die Lustbarkeitsabgabe diesen Betrag längst eingenommen. Das ist also ein Geschäft für sie. Sie wollen nur immer daß der andere etwas tut. So ist es auch mit den Arbeitslosen. Da sind Sie immer grossartig im Verlangen, wenn der andere es zahlen soll. Sie selber sollen den Arbeitslosen helfen und sie nicht immer zu den anderen führen, die kein Geld haben.

Es ist eben in allen acht Verwaltungsgruppen die parteipolitische Tendenz zu erblicken. Nun besteht aber die Wiener Bevölkerung auch aus anderen Kreisen, die absolut nicht mit Ihnen einverstanden sind, die es sich nicht gefallen lassen, daß durch Ihre Personalpolitik sich wie ein roter Faden die Parteipolitik zieht. Wohl haben Sie jetzt einen Teil der Angestellten in Ihre Organisation hineingezwungen, aber glauben Sie nicht daß das auch Sozialdemokraten sind. Ich muss von dieser öffentlichen Stelle aus unseren Lehrern danken, die sich von dieser ansteckenden Krankheit ferngehalten haben und die das christlich-germanische Kulturideal hochhalten (Lebhaftes Heiterkeit und Zwischenrufe). Was Sie auf dem Gebiete der Erziehung wollen, das wird Ihnen nicht gelingen, weil ich felsenfest auf unsere Lehrer vertraue. (Lebhafter Beifall).

GR. Orel (chr. soz.) erklärt, daß er vom Standpunkte der Kultur aus einiges zu bemerken habe. Der Redner behandelt sodann ausführlich soziale, religiöse und philosophische Probleme, beleuchtet den Gegensatz zwischen christlicher und materialistischer Weltanschauung, zitiert aus den Werken sozialdemokratischer und philosophischer Schriftsteller zahlreiche Stellen und kommt schliesslich auf die Judenfrage zu sprechen. Die Stadt Wien steht heute wieder unter diesen harten ekelhaften Joch. Sie möge in ihrer Kultur bleiben, aber die christlich-nationale Kultur mit ihrem Gift verschonen. Wenn auch die Judenherrschaft noch ganze Dezennien andauern sollte, einst werde der Tag kommen, wo das niedergedretene <sup>moralisch</sup> und wirtschaftlich ausgeplünderte Christenvolk wieder aufstehen und seine Peiniger hinaus jagen wird.

GR. Plaschkes (jüd. Nat.): Für mich ist es ebenso wesentlich von Kulturfragen zu sprechen im Zusammenhang mit dem Budget, die mit dem Wohl der Gemeinde in ursprünglichem Zusammenhang stehen. Ich habe die Absicht eine Rede zum Budget zu halten und darum will ich mich mit ihm befassen. Ich will vorweg erklären, daß ich für das Budget stimme und stimmen werde, auch wenn Herr Orel von mir etwa das Gegenteil erwartete oder erwarten sollte. Ich habe durchaus keinen Grund die Sozialdemokraten allzu sehr zu loben, jedoch muß ich den guten Willen der Mehrheit anerkennen, den Wiederaufbau der Stadt Wien durchzuführen und die Zukunft der Gemeinde Wien wieder zu gestalten, wie sie als Kulturzentrum gedeutet werden muß. Ich sehe nicht alle Möglichkeiten gegeben unter allen Umständen mit der <sup>Wahrung</sup> der Mehrheit den Kreisen der Bevölkerung gegenüber, die ich

zu vertreten habe, zufrieden zu sein. Ich sage aber frei, daß der Voranschlag der Verwaltung unserer Gemeinde zur Zierde gereicht. Ich werde mich nicht von momentanen Mißstimmungen, weil man mich nicht in irgendeinen Ausschuss gewählt hat, leiten lassen und werde nicht alle Posten des Budgets ungeprüft akzeptieren. Einem solchen Investitionsprogramm das großartig ist, in seinen Umrissen, muß man auch die Mittel der Bedeckung besorgen. Vom Gebarungsausgang soll ein Großteil durch erhöhte Steuern aufgebracht werden. Trotzdem muß man aber sagen, daß es bei der aktiven Gebarung der Gemeinde durchaus kein Wunder ist, daß die städtischen Finanzen günstiger sind, als die Finanzen des Bundes. Es wurde dieser Zustand in den Finanzen durch 17 verschiedene Steuerquellen, aus denen die Stadt ihre Einnahmen schöpfte, erreicht. Vor einer drohenden Erhöhung der Fürsorgeabgabe möchte ich aber dringendst warnen. Ebenso vor einer Erhöhung der Hauspersonal- und Pferdeabgabe, welche eine wesentliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen und so gerade gegenteilige Folgen, wie sie die Gemeinde erzielen will, zeitigen könnte. Ebenso muß ich mich aussprechen gegen eine Erhöhung der Wohnbausteuer und dies nicht so sehr für die Wohnungen, als hauptsächlich für Geschäftslokale.

#### R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n o y

Wien, am Dienstag, den 18. Dezember 1923

-----  
Sonntagsarbeit und Ladenschluss in der Weihnachtswoche und vor Neujahr. Auf Grund der Verordnungen des Bürgermeisters als Landeshauptmann gelten für Wien die folgenden einvernehmlich mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Handelsgewerbe festgesetzten Bestimmungen: Im Lebensmittelhandel erfolgt der Ladenschluss am 19. bis 22. am 24. 29. und 31. Dezember um 7 Uhr abends, am 27. bis 29. Dezember um 6 Uhr abends. Im Lebensmittelhandel können die Geschäfte am Sonntag den 23. Dezember von 7 bis 11 Uhr und von 3 bis 5 Uhr, am Sonntag, den 30. Dezember von 8 bis 10 Uhr offenhalten. Ausgenommen sind der Verkauf von Fleisch und dergleichen. Für diese Geschäfte gilt an beiden Sonntagen volle Sonntagsruhe. Die Sonntagsruhe für den Handel mit anderen Waren am 23. Dezember wurde von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr aufgehoben. Für Spielwaren von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr, für Schreib-Papier und Zeichenwaren (Hauptbetrieb) von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr, sonst aber am 30. Dezember volle Sonntagsruhe.

-----  
Der Kraftstellwagentagesverkehr am Goldenen Sonntag. Am Sonntag, den 23. Dezember (Goldener Sonntag), wird, wie an Werktagen, ein Kraftstellwagentagesverkehr auf der Linie Schottentor-Stefansplatz-Schwedenbrücke geführt.

-----  
Skilehrgang für Lehrpersonen. Der Stadtschulrat teilt mit, dass der von dem Bundesministerium für Unterricht veranstaltete Skilehrgang für Lehrkräfte in St. Christoph am Arlberg vom 31. Dezember bis einschliesslich 5. Jänner dauert. Volks- und Bürgerschullehrer, die an diesem Kurse teilnehmen wollen, haben sich bis längstens Freitag, den 21. d. im Stadtschulrat Wien, I. Burggring 9, III. Stock, Zimmer 67, persönlich zu melden. Diese Meldungen müssen in der Zeit vom 9 bis 13 Uhr erfolgen und werden sich nähere Auskünfte über Abreisetermin, Fahrtbegünstigungen und Unterstützungen erteilt.

-----



bedingt vermieden werden müsse

GR Plaschkes fährt fort und kommt auf die Vorgänge an den Wiener Hochschulen, insbesondere an der Wiener Universität zu sprechen und bezeichnet diese Vorgänge als einer Kulturstadt unwürdig, wobei er betont, daß die Regierung ruhig zugesehen habe, ohne den Rektor Döllner in seiner Haltung zu bestrafen. GR Plaschkes fragt weiter, was man zu einem Staate sagen soll, der junge Richter heranzieht, die Mädchen mit Gummiknütteln verfolgen. Unter solchen Umständen könne man nichts anderes erwarten, als daß die berühmte Rudolfsuniversität der Verdorfnung anheimfalle. Man könne es nicht zulassen, daß durch derartige Hochschulschandale eine so berühmte Stätte der Wissenschaft eine Skandalhochschule würde. Man dürfe es nicht zulassen, daß sich hier im Zentrum alter Kultur und ständigen Fortschrittes ein neuer Eiterherd der Welt umfassenden Reaktion bilde. Wenn diese Gewaltherrschaft unreifer junger Menschen nicht bald beseitigt werde, müsse man den Glauben an Kultur und Fortschritt verlieren. Die Angelegenheit der Mensa academica, die vor 30 Jahren zum sehr großen Teile mit jüdischen Mitteln für notleidende Studenten, ohne Unterschied der Nation und der Konfession, gestiftet worden war, sei heute ein Skandal der weit über die Grenzen unseres kleinen Staates hinaus von sich sprechen macht. Im Zusammenhang mit der Heimatsrechtszuweisung wär en manche Beschwerden vorzubringen. Während aus bestimmten Gründen unmittelbar vor den Wahlen die Gesuche um Erteilung des Heimatsrechtes keinen besonderen Widerstand begegneten, merke man jetzt, nach den Wahlen, daß schon wieder die alte Praxis geübt werde, ein Umstand, der dringender Abhilfe bedürfe. Redner habe keine besonderen Anlässe dazu, vollste Zufriedenheit mit den Sozialdemokraten zu zeigen. In Würdigung der Bedeutung und der gewaltigen Leistung, die dem vorliegenden Budget zukommen, müsse aber jeder ernstlich um das Wohl der Stadt Wien bedachte Mandatar, diesem Voranschlag seine Zustimmung geben.

GR Kunschak (chr. soz.) nennt den Vorliegenden Voranschlag einen Tendenzroman; zu dessen Widerlichkeit das Vorwort des amtsführenden Stadtrates außerordentlich passe. Dieser wollte sich einmal die Galle herausreden gegenüber der Regierung, die sich um nichts kümmere, was für das Gemeinwesen unserer Vaterstadt zum Vorteil wäre. Es wäre aber ganz unmöglich, eine solche Ausführung des Finanzreferenten unwidersprochen zu lassen. Der Finanzreferent scheint vergessen zu haben, daß er im Gemeinderat und nicht am Versammlungspult steht. Was er vorgebracht hat, muß auch vom einfachsten Mitglied des Gemeinderates als eine Beleidigung seines Intellekts verzeichnet werden. Gewiß muß es als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet werden, unsere Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Als Mittel, um zu diesem Ziele zu gelangen, bezeichnet der Finanzreferent den Ausbau der Wasserkräfte. So weit, so richtig. Was er aber dann als Ausfälle gegen die Bundesregierung sich geleistet hat, kann schon nicht mehr als richtig erkannt werden. Es ist unrichtig, daß der Bund dem Ausbau der Wasserkräfte teilnahmslos gegenüberstehe. Zunächst muß festgestellt werden, wie weit die Bundesregierung überhaupt in die Lage kommt, sich damit zu beschäftigen. Die Antwort geben uns die verfassungsrechtlichen Bestimmungen. Bei der Beratung der Verfassung hat es einen großen Kampf gegeben, wer darüber zu entscheiden habe, ob der Bund oder die Länder über die Wasserkräfte verfügen. Es hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die Wasserkräfte den Ländern gehören, die sie auch als ihr Heiligtum betrachten. Aus diesem in der ganzen Verfassung niedergelegten Anschauung, ergibt sich schon, daß für den Bund eine direkte Aktion gar nicht in Betracht kommt. Die Länder haben sich selbständig gemacht, sie besitzen ihre eigenen Wasserkraftläter und sind daran eigene Landeswasserkraftwerke zu errichten. Wo sie das aus eigenen Mitteln nicht erreichen, geschieht dies durch Heranziehung von ausländischem Kapital. Da

ergibt sich als natürliche Konsequenz, daß der Bund auf diesem Gebiete eine Tätigkeit nicht entfalten kann. Aber trotzdem hat der Bund das getan was in seinem Rahmen möglich ist. Es hat Stadtrat Breitner darauf verwiesen, daß die Gemeinde große Mengen von Strom aus Partenstein nach Wien bringen wird. Was dabei die Gemeinde leistet ist mir nicht verständlich. Sie ist in der gleichen Lage, in der ich mich befand, als ich vor längerer Zeit in meine Wohnung elektrisches Licht einleiten ließ. Ich habe dies getan, weil ich es für nützlich und praktisch erachtete, aber ein Verdienst steht mir nicht zu. Für die Errichtung des Werkes in Partenstein hat aber der Bund mit sehr bedeutenden Mitteln eingegriffen. Der Bund arbeitet aber auch an dem Spuller Seewerk, das die Arlbergbahn von Innsbruck bis Bregenz mit elektrischer Kraft versorgen wird. Nur ist der Unterschied bei der Ausführung dieser Anlagen und jen er der WAG einfach der, daß die Kosten der Wasserkraftwerke der Gemeinde durch die Lichtsteuer hereingebracht werden. Der Bund ist nun nicht in der Lage sich auf diesem Wege die Baukosten zu verschaffen. Ich will nun noch auf einen Vorwurf zurückkommen, den der Herr Referent dem Bund gemacht hat. Er hat gemeint, daß die Entscheidung über die Ennswasserkräfte nicht in Wien, sondern in Mailand falle. Ich will feststellen, daß darüber im steirischen Landtag, nicht bei der Bundesregierung und auch nicht im Nationalrat entschieden worden ist. Im Einträchtlichen Zusammenwirken aller Parteien ist im steirischen Landtag darüber entschieden worden und es haben auch die sozialdemokratischen Mitglieder sich dafür ausgesprochen. Es war ja die Wiener Arbeiterzeitung, in der dagegen Stellung genommen wurde und der Arbeiterwille in Graz hat sich sehr energisch für Mailand ausgesprochen. Wenn also jetzt die Entscheidung in Mailand liegt, dann muß ich schon den Finanzreferenten an die Adresse seiner Parteigenossen verweisen. Der Referent hat auch gedroht, daß die Fürsorgeabgabe verdoppelt werde, falls die Novelle zum Abgabenteilungsgesetz vom Nationalrat beschlossen werden sollte. Da muß man doch fragen wie groß der Entfall für die Gemeinde Wien sein wird, falls das Abgabenteilungsgesetz in Kraft tritt. Nach den bisherigen Berechnungen würde sich ein Entfall von 260 Milliarden für die Gemeinde Wien ergeben. Andererseits ist aber zu bedenken, daß der Gemeinde Wien durch eine namhafte Erhöhung der Biersteuer, deren Ertragnis zur Gänze in die Landeskassen fließen soll, 50 bis 60 Milliarden zufallen werden. Es ergibt sich also schlimmsten Falles ein Entgang von 200 Milliarden. Nachdem nun der Finanzreferent selbst zugegeben hat, daß das Ertragnis aus der Fürsorgeabgabe mindestens 450 Milliarden betragen wird, wobei ich jede Wette eingehe, daß es 550 Milliarden sein werden, muß ich mich fragen, wie kommt der Finanzreferent dazu, nachdem ihm nicht ganz ein Drittel aus den Ueberweisungen verloren gehen, 100 Prozent durch die Fürsorgeabgabe hereinbringen zu wollen. Für 200 Milliarden Entfall will er gleich 500 Milliarden mehr der Bevölkerung auferlegen. Herr Breitner denkt sich wahrscheinlich, wenn schon, denn schon. Die Opposition kann natürlich einem solchen Vorgang nicht zustimmen und sie wird, wenn der Finanzreferent seinen Plan verwirklichen wollte, diesem Bestreben den lebhaftesten Widerstand entgegen setzen. Hinsichtlich der Ueberweisungen möchte ich auch sagen, daß sich darin schon das Ertragnis der verdoppelten Warenumsatzsteuer befindet, von welcher der Bund 40 Prozent an die Gemeinde abgeliefert. Kostbar ist hiebei auch folgendes: Während der Gemeindevoranschlag schon mit der erhöhten Warenumsatzsteuer als mit einer gegebenen Tatsache rechnet, entfaltet der Referent und seine Parteigenossen gegen die Warenumsatzsteuer selbst eine starke Agitation, um das Ertragnis dieser Steuer möglichst herabzudrücken. Wir stehen hier vor einem Doppelspiel, dessen nähere Charakterisierung ich mir wohl erlauben darf.



Der Referent hat auch gesagt, es sei das Ideal der Bundesregierung Oesterreich zu einem Bauernstaat zu machen, der die Pflege der kulturellen und humanitären Aufgaben dem Mäzenatentum der Bankdirektoren überantwortet. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß in Wien die Förderung der Kunst und der kulturellen Aufgaben dem Mäzenatentum eines Bankdirektors überlassen ist, der am Referententische sitzt. (Sehr gute Heiterkeit bei den Christlichsozialen) Was tut denn eigentlich die Stadt Wien für die Förderung der Kunst? Im Veranschlage sind hierfür 1200 Millionen eingesetzt. Diese 1200 Millionen werden mit der einen Hand gegeben und mit der anderen Hand genommen. Diese Summe wird oft und reichlich mit der Lustbarkeitsabgabe zurückgeholt. Dadurch ist die Lustbarkeitsabgabe zu einer Kultursteuer schlimmer Art geworden. Die Kunststellen ohne Unterschied der Parteistellung bemühen sich für das Kunstbedürfnis des Volkes zu wirken. Der Bund unterstützt solche Bestrebungen durch die billige Ueberlassung unserer vornehmsten Kunststätten, Burg und Oper. Aber die Gemeinde leistet keinen Verzicht auf die Lustbarkeitsabgabe bei solchen Veranstaltungen. Diese 1200 Millionen sind schon keine Kunstförderung, sondern ein Feigenblatt, unter welchem die Gemeindeverwaltung die Blüten ihrer Interessenlosigkeit an dem kulturellen Aufstieg unseres Volkes verdecken will.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch vom Kultusbudget sprechen. Das ist eine ganz heitere Sache. Man findet in der betreffenden Rubrik des Veranschlages an Einnahmen aus verschiedenen Stiftungen u. dgl. eine Post von 30.000 K., an Ausgaben 50.000 K., darunter für Kirchenmusik 10.000 K. Wenn man diese Rubrik anschaut, so muß man wohl sagen, vom Erhabenen zum Lächerlichen ist hier wirklich nur ein Schritt. Die Kirchenmusik in unserer Stadt steht in großer Blüte, sie ist nicht etwa nur ein Bestandteil des Gottesdienstes, sondern es finden auch zahlreiche Kirchenmusikalische Aufführungen statt und man kann ruhig sagen, daß die Förderung der Kirchenmusik zu den größten Kulturaufgaben der Stadt Wien gehört. Und die Gemeindeverwaltung fördert sie mit einem Betrag von 10.000 K. jährlich. Ich würde vorschlagen Separatabdrucke dieser Rubrik an den Türen des Rathauses mit dem Titel anzuschlagen: Förderung der Kirchenmusik durch die Gemeinde Wien.

Ich schließe meine Ausführungen: Dieser Veranschlag ist kein Veranschlag im ernstesten Sinne des Wortes, sondern ein Tendenzroman schlimmster Art, zu dem ein Vorwort der Herr Referent gegeben und mit dem er sich unter Leuten, die sachkundig sind, nicht sehen lassen kann.

StR. Breitner (Schlußwort): Der Veranschlag hat auch im vorigen Jahre nicht das Gefallen der Minderheit gefunden. Es ist nicht bei einer einzigen der Posten ein Abänderungsantrag gestellt worden, es ist nirgends auch nur der Schein erbracht worden, daß diese oder jene Post ausgeschrieben oder geändert werden soll. Niemals gibt es beim Bunde auch einen Steuerausweis, der monatlich geführt wird. Es war ein Antrag auf Erhöhung der Fürsorgeabgabe gestellt worden und ich habe mir heute Vormittag gestattet, diesem Antrag mich anzuschließen. Auch die Lustbarkeitsabgabe soll um fünf Milliarden erhöht werden. Die Kraftwagenabgabe um eine Milliarde, Hundesteuer um 300 Millionen. Unser Defizit ist nach den Wünschen der Minderheit nicht 693 Milliarden, sondern etwa nur mehr 687 Milliarden. Auf solche Einwürfe hin den Vorschlag als einen falschen zu bezeichnen, ist nicht richtig. Die Löhne und Gehälter der Angestellten sind trotz Stabilisierung der Krone in steigender Tendenz begriffen. Was die Einnahmen und Ausgaben anbelangt, können wir am Ende des Jahres wirklich vielleicht wieder sehen, daß der Veranschlag nicht stimmt. Das erklärt sich aber durch den etwaigen Eintritt von Tatsachen, auf die wir nicht den geringsten Einfluß ausüben können. Wir begehren jedenfalls, daß die Gesetze, die wir uns schaffen, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch zur Tat werden.



Die Einwendungen, wegen der Verzögerungszuschläge sind übertrieben. Es hat sich herausgestellt, daß es eine gute Spekulation ist, die Zahlungen an die Gemeinde hinauszuschieben. Es hat aber jeder das Recht an die Beschwerdekommision sich zu wenden, in der auch Vertreter der Minderheit sitzen. Ein Verzögerungszuschlag wurde nie eingehoben, wenn es sich um wenige Tage handelte, sondern er trifft nur böswillige Zahler. Es wurde auch behauptet, daß die Minderheit keine Kontrollmöglichkeit habe, Ich verstehe dies nicht, da Sie in allen Ausschüssen, im Stadtsenat, in den verschiedenen Kommissionen und wirtschaftlichen Körperschaften mitwirken, und dort kontrollieren können. Bezüglich der Kassenbestände sind wir nicht in der Lage, Sie wie es die Minderheit verlangt, genau anzugeben, weil wir nicht wissen, wieviele Rechnungen in den einzelnen Abteilungen laufen. Aber wir haben ihnen bereits für das Jahr 1922 den Rechnungsabschluß vorgelegt, aus dem sie die Kassenbestände genau ersehen. Es ist auch von den 950 Milliarden gesprochen worden, die wir vom Bund beziehen. Es ist dies so dargestellt worden, als ob die Gemeinde diesen Betrag ohne irgendwelche Gegenleistung erhielt. Ich wiederhole es ausdrücklich, daß wir bereit sind, auf diese Bundeszuschüsse sofort zu verzichten, wenn wir unsere Zuschlagsrechte wieder erhalten. Das Abgabenteilungsgesetz ist eine Vereinbarung gewesen und wenn jetzt diese Vereinbarung umgestossen wird, so kann dies nicht durch die Mehrheit von ein paar Stimmen im Nationalrat geschehen, sondern nurwieder durch Vereinbarungen. (Beifall) Finanzminister Dr. Kienböck hat es für zulässig gehalten, die Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes ohne Fühlungnahme mit den Gemeinden dem Nationalrat vorzulegen. Dagegen werden wir uns mit aller Gewalt vor aller Oeffentlichkeit zu wehren wissen. Man kann da gegenüber einem solchen Vorgehen gar keinen anderen Ausdruck wählen, wenn ich sage, daß das ein Versuch ist, Wien zu berauben. (Starker Beifall) Das Ausmaß der Erhöhung der Fürsorgeabgabe wird abhängen von dem Ausmaß der Beraubung. Es muß der Bevölkerung klar sein, daß diese Finanzkunst des Bundes, die sich darin ausdrückt, daß man über die Kasse eines anderen geht, eine sehr primitive ist. Ich möchte sehen, welche Empörung Sie aufbieten würden, wenn wir sagen, wir werden das Defizit dadurch bedecken, daß wir höhere Steuerertragsanteile vom Bunde verlangen. Es ist auch die Erhöhung der Wassergebühren bemängelt worden. Ich stelle fest, daß Sie gar keinen Grund haben, hier Mängel zu finden. Unter Ihrer Verwaltung hat es freies Wasser überhaupt nicht gegeben. Sie haben 25 Literum den bevorzugten Preis von 16 Goldhellern abgegeben, wir lassen 35 Liter überhaupt von jeder Gebühr frei und von den übrigen Verbrauch haben wir 10 Goldheller ein. Sie haben im Jahre 1913 nicht weniger als 12,310.950/<sup>Gold-</sup>Kronen, also 172 Papierkronen für das Wasser eingenommen, d. i. weit mehr als wir heute einnehmen. Auch über die Besteuerung der Gastwirte wurde geklagt. Nun sind von den Gaswirtsbetrieben gegenwärtig von 3568 nur 408 in die Nahrungs- und Genußmittelabgabe eingereiht. Jetzt sind neue Kommissionen tätig, weil es sich herausstellte, daß die Angaben der Genossenschaft der Gastwirte, nach denen der Magistrat die einzelnen Betriebe besteuert hat, unrichtig waren. Auch unter Ihrer Verwaltung wurde die Bevölkerung sehr kräftig besteuert, nur wurde das nicht als Steuer erkannt. Sie haben im Jahre 1913 105 Millipnen Goldkronen aus der Wiener Bevölkerung an Steuern genommen, wozu noch 17 Millionen Goldkronen als Uberschüsse aus den städtischen Unternehmungen kommen. Ihre Steuern haben 1220 Milliarden Papierkronen ausgemacht, unsere nur 649 Milliarden. Es kann also zusammenfassend gesagt werden, daß gewichtige Einwände, die geeignet gewesen wären, das Vertrauen dieses Budgets zu erschüttern, nicht vorgebracht wurden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Zimmerl auf Erhöhung der Fürsorgeabgabe abgelehnt und der Antrag des Berichterstatters diese Post mit 450 Milliarden einzusetzen angenommen. Auch der Antrag Speiser wird angenommen, während der Resolutionsantrag Zimmerl abgelehnt wird. Mit den Stimmen der Mehrheit wird sodann der Voranschlag der Gruppe II genehmigt.

Die Sitzung wird morgen um 10 Uhr vormittags eröffnet